

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Dr. Marco Mohrmann (CDU)

Die Geflügelpest ist in Niedersachsen heimisch geworden: Was tut die Landesregierung?

Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Mohrmann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 03.01.2023

Nach Aussagen auf der Homepage des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES; Stand: 22.12.2022) wurden allein seit dem 01.11.2022 in Deutschland, Frankreich, Italien, Ungarn und dem Vereinigten Königreich 320 Geflügelpestausbüche bei Geflügel und gehaltenen Vögeln gemeldet. Weitere Ausbüche sind in dieser Zeit aus Belgien, Dänemark, Irland, Kroatien, der Republik Moldau, den Niederlanden, der Republik Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, der Tschechischen Republik und Zypern bekannt geworden.

In Niedersachsen kam es seit Juli 2022 zu mehr als 30 Ausbüchen der Geflügelpest in 14 verschiedenen Landkreisen. Mittlerweile werden Geflügelpestviren ganzjährig in Europa und auch in Niedersachsen nachgewiesen; dies lässt nach Aussage des LAVES den Schluss zu, dass die Geflügelpest endemisch geworden ist.

Ein Schwerpunkt des Geflügelpestgeschehens konnte in den vergangenen Jahren in den Gemeinden Bösel und Garrel im Landkreis Oldenburg beobachtet werden, wo eine überdurchschnittlich hohe Putendichte vorherrscht. Die hohe Empfänglichkeit von Puten für das Geflügelpestvirus sowie die in der Putenhaltung dominierenden Ställe mit freier Lüftung („Louisiana-Ställe“) begünstigen nach Expertenaussagen die Ausbreitung der Tierseuche. Am 20. und 21.12.2022 berichteten verschiedene Zeitungen online wie auch in ihren Druckausgaben von einem weiteren Geflügelpestausbuch in Garrel; insgesamt 8 100 Puten sind bereits am 20.12.2022 als Reaktion auf den erneuten Ausbruch in Garrel getötet worden.

Das Friedrich-Loeffler-Institut hat bereits 2021 u. a. eine Umgestaltung der offenen Ställe für die Mastputenhaltung hin zu geschlossenen Ställen sowie eine Reduzierung der Putendichte empfohlen. Eine Produktionsalternative stellt die Umnutzung von Puten- zu Hähnchenställen dar.

1. Plant die Landesregierung eine Anpassung des Baurechts, namentlich der Niedersächsischen Bauordnung, um in den „Hot Spots“ der Geflügelpestausbüche landwirtschaftlichen Betrieben im Einklang mit den Empfehlungen des Friedrich-Loeffler-Instituts eine Umgestaltung offener Ställe für die Mastputenhaltung hin zu geschlossenen Ställen zu erleichtern?
2. Plant die Landesregierung eine Anpassung des Baurechts, namentlich der Niedersächsischen Bauordnung, um in den „Hot Spots“ der Geflügelpestausbüche landwirtschaftlichen Betrieben in anderer Form eine Umnutzung ihrer Ställe mit dem Ziel der Reduzierung des Risikos eines Seuchenausbruchs zu erleichtern?
3. Welche über eine Anpassung des Baurechts hinausgehenden Maßnahmen plant die Landesregierung, um in den „Hot Spots“ der Geflügelpestausbüche landwirtschaftlichen Betrieben die Umnutzung ihrer Ställe mit dem Ziel der Reduzierung des Risikos eines Seuchenausbruchs zu erleichtern?
4. Plant die Landesregierung Fördermaßnahmen, um landwirtschaftlichen Betrieben in den „Hot Spots“ der Geflügelpestausbüche eine Reduzierung ihrer Tierzahl mit dem Ziel der Reduzierung des Risikos eines Seuchenausbruchs zu erleichtern?
5. Die Bekämpfung der Geflügelpest ist momentan darauf ausgerichtet, im Falle eines Seuchenausbruchs das Geflügelpestvirus möglichst schnell wieder vollständig aus der Geflügelpopulation zu tilgen. Wie schätzt die Landesregierung die Erfolgsaussichten dieser Strategie angesichts einer mittlerweile endemisch gewordenen Geflügelpest ein?

6. Wie schätzt die Landesregierung die derzeitigen Möglichkeiten einer Impfung gegen die Geflügelpest aus epidemiologischer, rechtlicher und praktischer Sicht ein?
7. Wird sich die Landesregierung für eine Änderung des europäischen Rechts und der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) zur Erleichterung des Impfens gegen die Geflügelpest einsetzen?
8. Plant die Landesregierung eine breit angelegte Impfkampagne oder eine finanzielle Förderung des Impfens von Geflügel gegen die Geflügelpest für den Fall, dass es zu einer Änderung des europäischen Rechts und der Geflügelpest-Verordnung kommen sollte?
9. Wie schätzt die Landesregierung das Risiko einer Übertragung der Geflügelpest auf den Menschen ein, welche Maßnahmen hat sie bereits ergriffen, um, sofern erforderlich, dieses Risiko zu reduzieren, und welche Maßnahmen wird sie, sofern erforderlich, zukünftig zu welchem Zeitpunkt ergreifen, um dieses Risiko zu reduzieren?